

4 / 2026

DIE NIEDERSÄCHSISCHE GEMEINDE

ZEITSCHRIFT FÜR RATSMITGLIEDER

Gemeinde Diekholzen

- Zukunftspreis 2026 **u2**
- Mitgliederversammlung 2026:
„Des Kaisers neue Kleider“
Seite 15 - 21

30 **KWL**
Kommunale Wirtschafts-
und Leistungsgesellschaft
Jahre

Seite 3 - 14



FOTO: KOLBE

Von links: Maren Kleinschmidt, 1. Vizepräsidentin des NSGB, Jurymitglied Anne Beelte-Altwig, NSGB-Präsident Dr. Marco Trips, Susanne Glombitza, Bürgermeisterin des Fleckens Nörten-Hardenberg, Lars Gunnar Gärner, Bürgermeister der Stadt Hardegsen

LadenTreff Hevensen/Wolbrechtshausen gewinnt Thorsten-Bullerdiek-Zukunftspreis 2026

Große Freude beim Flecken Nörten-Hardenberg und der Stadt Hardegsen: Für ihr gemeinsames Projekt LadenTreff in Hevensen und Wolbrechtshausen sind sie mit dem „Thorsten-Bullerdiek-Zukunftspreis“ des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB) 2026 ausgezeichnet worden. Die feierliche Preisverleihung fand während der Mitgliederversammlung des NSGB in Hildesheim statt. Überreicht wurde die Auszeichnung von Maren Kleinschmidt, 1. Vizepräsidentin des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, und Jurymitglied Anne Beelte-Altwig.

Die beiden Nachbarkommunen haben gemeinsam einen Dorfladen mit integriertem Dorfcafé geschaffen, der von der eigens gegründeten Genossenschaft „LadenTreff Alte Schule eG“ betrieben wird. Der LadenTreff gilt als beispielhaftes Modell für die Entwicklung ländlicher Räume. Er verbindet Nahversorgung, Barrierefreiheit und soziale Teilhabe miteinander und soll dazu beitragen, der Abwanderung aus kleineren Ortschaften entgegenzuwirken. Der Begegnungsort wird von Bürgerinnen und Bürgern beider Gemeinden genutzt. Neben dem Verkauf von Lebensmitteln und regionalen Produkten bietet das Café Raum für Austausch, kulturelle Veranstaltungen und Ausstellungen regionaler Künstlerinnen und Künstler. Gerade für ältere Menschen entsteht dadurch eine wohnortnahe Einkaufsmöglichkeit, während zugleich ein Treffpunkt für alle Generationen geschaffen wurde.

„Damit werden nicht nur die Lebensqualität verbessert und die Gemeinschaft gestärkt, sondern auch Einsamkeit bekämpft“, würdigte Jurymitglied Anne Beelte-Altwig das Projekt. „Der Zukunftspreis ist eine besondere Anerkennung für alle, die den LadenTreff mit großem Engagement, Ideenreichtum und Ausdauer auf den Weg gebracht haben“, betonten Susanne Glombitza, Bürgermeisterin des Fleckens Nörten-Hardenberg, und Lars Gunnar Gärner, Bürgermeister der Stadt Hardegsen, bei der Preisverleihung. Das Projekt zeige, wie viel durch eine vertrauensvolle interkommunale Zusammenarbeit und die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger erreicht werden könne.

Der Thorsten-Bullerdiek-Zukunftspreis ist mit 5000 Euro dotiert und wird seit dem Jahr 2022 vom Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund vergeben. Mit ihm werden in jährlich wechselnden Kategorien herausragende kommunale Projekte ausgezeichnet, die innovative Antworten auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen geben und Vorbildcharakter für andere Städte und Gemeinden besitzen. Im Jahr 2026 standen die Kategorien „Lokale Resilienz“ und „Gemeinschaftsstärkung“ im Mittelpunkt. In diesem Jahr bewarben sich insgesamt 15 Projekte um die Auszeichnung.

Neben dem NSGB gehörten Melanie Walter, Niedersächsische Ministerin für Europa und Regionale Landesentwicklung, sowie Vertreterinnen und Vertreter des NDR, der hannoverschen Allgemeinen Zeitung, der Neuen Presse und des Rundblick Niedersachsen der Jury an.

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

seit langem kritisieren wir die Politik von Bund und Land, immer neue finanzielle Lasten auf die kommunale Ebene zu verschieben. Diese Kritik üben wir nicht, um uns zu profilieren. Sie hat sachliche Anknüpfungspunkte, die sich in unseren Stellungnahmen und Einschätzungen nachvollziehen lassen. Dass sie berechtigt ist, zeigt ein Blick auf die kommunalen Defizite in Höhe von 60 Milliarden Euro in den letzten beiden Jahren. Die Prognose schreibt diese Beträge in der Zukunft fort.

Nach Aktionstagen im Land und im Bund habe ich auf unserer Mitgliederversammlung meine Rede unter das Motto „Des Kaisers neue Kleider“ gestellt (siehe S. 15). Mein Fazit war, dass die Bundesregierung wie der Kaiser nackt dasteht, wenn nicht grundlegende Reformen in allen Systemen gelingen.

Nun haben Bundeskanzler Merz und Ministerpräsident Lies einen Reformvorschlag zum Umgang mit der Konnexität auf Bundesebene vorgelegt. Und was soll ich sagen: Geht noch nackter als nackt? Was hier als Fortschritt verkauft wird, ist eine tiefe Enttäuschung für die Kommunen. Konnexität soll erst ab 200 Millionen Euro gelten, und dann im Umfang von 80 Prozent. Gesetze werden dann so aufgeteilt und heruntergerechnet, dass Sie unter die entsprechenden Schwellen fallen. Und gerne können Sie beim nächsten Einkauf an der Kasse mal ausprobieren, nur 80 Pro-

zent bezahlen zu wollen. Ein Desaster ist jedoch, dass Konnexität nur für die zukünftige Erhöhung von Leistungsgesetzen gelten soll. Unsere Probleme liegen mit Ganzttag, Krankenhausfinanzierung, Eingliederungshilfe, Jugendhilfe, Bürgergeld und Wohngeld in der Vergangenheit und wirken fort. Wer glaubt denn in dieser wirtschaftlichen Lage an zukünftige Erhöhungen bei Leistungsgesetzen? Im Gegenteil ist die Sozialstaatskommission noch aufgefordert, Leistungshöhen und Bezugsgruppen kritisch zu hinterfragen.

Im September ist nun die Kommunalwahl. Die vor uns liegenden Jahre werden ganz offensichtlich sehr anspruchsvoll, es wird voraussichtlich mehr um das Erhalten des Bestehenden als um das Schöpfen aus dem Vollen gehen. Schmälert das aber unsere Motivation, uns für das Gemeinwohl in unseren Städten, Gemeinden und Samtgemeinden einzusetzen? Ganz im Gegenteil: Einfach kann jeder, aber unsere Bürgermeister:innen und Ratsmitglieder, unsere Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen werden auch in schwierigen Zeiten Verantwortung übernehmen! Wir werden gemeinsam das Beste für unsere Bürgerinnen und Bürger erreichen! Der NSGB steht dabei mit Rat und Tat fest an Ihrer Seite.

Ihr Marco Trips



DR. MARCO TRIPS
Präsident des Niedersächsischen
Städte- und Gemeindebundes

AUS DEM INHALT

LadenTreff Hevensen/Wolbrechtshausen
gewinnt Thorsten-Bullerdiel-
Zukunftspreis 2026

U2

STÄDTE UND GEMEINDEN

STELLEN SICH VOR

Gemeinde Diekholzen – Natur digital
entdecken

2

THEMENSCHWERPUNKT

30 JAHRE KWL

Die KWL – 30 Jahre alt und Teil der
kommunalen Familie
Von Marco Mensen

3

Dank für über zwei Jahrzehnte
vertrauensvoller Zusammenarbeit

Von Thomas Schneider und
Sascha Horstbrink

4

Impressum

4

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen
der KWL

5

Feuerwehrbedarfsplanung

Von Tobias Wilhelm

6

Das Vergaberecht ist (immer) in
Bewegung: Neue Regeln für
niedersächsische Vergabestellen?

Von Prof. Dr. Angela Dageförde
und Dipl.-Jur. Ole Lührs

7

Meilensteine der KWL

8

Kommunale Beschaffung im
Wandel – Effizienz und
Rechtssicherheit mit der KWL

Von Matthias Hoppe

10

Die KWL feiert 30 Jahre

12

KWL-Sammelausschreibung für
Feuerwehrfahrzeuge erfolgreich
abgeschlossen

Von Matthias Hoppe

14

MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2026

Rede von Dr. Marco Trips anlässlich
der Mitgliederversammlung am

18. Juni 2026 in Hildesheim

15

Zur Person

21

TITELFOTO

Gipfelkreuz bei Tosmar, © Gemeinde Diekholzen

VORSCHAU DNG 5/2026

Themenschwerpunkt: Schule im Wandel
Redaktions- und Anzeigenschluss:

7. September 2026

Erscheint: 7. Oktober 2026

Naturschutzgebiet
Schwarze Heide



FOTOS: © GEMEINDE DIEKHOLZEN

Gemeinde Diekholzen – Natur digital entdecken



- Gemeinde Diekholzen im Landkreis Hildesheim
- Ortsteile: Diekholzen, Barienrode, Söhre und Egenstedt
- Einwohnerzahl (31.12.2025): 6168
- Im Herzen des Hildesheimer Waldes
- Umfangreiches Wander- und Radwegenetz sowie Jakobsweg



HILDESHEIMER WALD WANDERNADEL – NAHERHOLUNG MIT MEHRWERT

Die Gemeinde Diekholzen verbindet die Vorzüge einer naturnahen Lage mit einer gut ausgebauten Infrastruktur. Familien finden Kindergärten und Grundschulen vor Ort, zahlreiche Vereine bieten Angebote für alle Altersgruppen und die Nähe zur Stadt Hildesheim sorgt für kurze Wege. Gleichzeitig eröffnet der unmittelbar angrenzende Hildesheimer Wald vielfältige Möglichkeiten für Erholung, Bewegung und Naturerlebnis.

Mit der Hildesheimer Wald Wandernadel hat die Gemeinde dieses Potenzial gezielt weiterentwickelt. Das LEADER-geförderte Gemeinschaftsprojekt verbindet digitale Freizeitangebote mit nachhaltiger Naherholung und macht die landschaftlichen Besonderheiten der Region auf neue Weise erlebbar.

BEWEGUNG, NATUR UND HEIMAT VERBINDEN

Herzstück des Projekts ist eine kostenfreie Smartphone-App, mit der Wandernde und Radfahrende digitale Stempel sammeln können. An insgesamt 30 landschaftlich reizvollen und markanten Orten im und rund um den Hildesheimer Wald lassen sich die Stempel direkt per Smartphone erfassen. Die Ziele verteilen sich auf

18 abwechslungsreiche Wandertouren sowie eine Radtour und führen zu Aussichtspunkten, kulturhistorischen Orten und besonderen Naturerlebnissen.

Die Touren können individuell und ohne Zeitdruck absolviert werden. Ob kurzer Spaziergang, Familienausflug oder Tagestour – jede Strecke lässt sich flexibel an die persönlichen Möglichkeiten anpassen. Wer mindestens 20 Stempel gesammelt hat, erhält die Hildesheimer Wald-Wandernadel kostenfrei bei der Gemeinde Diekholzen oder den Tourist-Informationen der Region.

STARKE PARTNERSCHAFT FÜR DIE REGION

Die Hildesheimer Wald Wandernadel ist ein durch das LEADER-Programm der Europäischen Union gefördertes Projekt zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums. Ziel ist es, die touristische Attraktivität der Region zu stärken, die Naherholung auszubauen und die Menschen für die besonderen Natur- und Kulturräume des Hildesheimer Waldes zu begeistern.

Entwickelt wurde die Hildesheimer Wald Wandernadel gemeinsam mit dem Harzklub Hildesheim, dem ADFC Hildesheim und dem App-Anbieter FootMap. Unterstützt wird das Projekt durch den ehemaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil als Botschafter der Wanderregion im Herzen des Hildesheimer Waldes.

Grundlage des Angebots ist ein einheitlich ausgeschildertes Wander- und Radwegenetz mit Wanderparkplätzen, Übersichtstafeln, digitalen Informationen und einer elektronischen Stele vor dem Rathaus. Ergänzt wird das Angebot durch Wander- und Radwegeflyer sowie eine Freizeitkarte für das gesamte Gemeindegebiet.

LEBENSQUALITÄT UND TOURISMUSFÖRDERUNG

Die Hildesheimer Wald-Wandernadel steht beispielhaft für eine moderne und nachhaltige Form der Naherholung. Sie fördert Bewegung, stärkt die regionale Identität und macht die landschaftlichen Qualitäten der Gemeinde Diekholzen sichtbar. Gemeinsam mit der vorhandenen touristischen Infrastruktur, den gut ausgebauten Wegenetzen und den vielfältigen Freizeitangeboten trägt das Projekt dazu bei, die Gemeinde und das Umland als attraktiven Wohn-, Erholungs- und Ausflugsort in der Region weiter zu profilieren.



Das Kloster Marienrode

Die KWL – 30 Jahre alt und Teil der kommunalen Familie

VON MARCO MENSEN

30 Jahre KWL – ein guter Zeitpunkt, um innezuhalten und zu betrachten, warum diese kleine, hochspezialisierte Tochter des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes für die Kommunen so wichtig ist. Gegründet 1996, entstand die KWL aus einer sehr praktischen kommunalen Notwendigkeit: Bei der Beschaffung technischer und spezialisierter Leistungen stehen Kommunen oft einem engen Kreis von Anbietern gegenüber – etwa bei Feuerwehrfahrzeugen. Gerade für kleinere und mittlere Kommunen, die nur selten vor solchen Beschaffungen stehen, sind Erfahrung, Marktkennntnis und rechtssichere Verfahren von besonderer Bedeutung. Genau hier setzt die KWL an: Sie bündelt Nachfrage, bringt Fachwissen zusammen und sorgt dafür, dass Beschaffung wirtschaftlicher und verlässlicher wird.

Die frühen Jahre waren alles andere als einfach. Juristische Auseinandersetzungen und schwierige Marktstrukturen begleiteten den Start. Doch die KWL hat sich bewährt und ihr Leistungsspektrum Schritt für Schritt erweitert – von Feuerwehrfahrzeugen über Strom- und Erdgasausschreibungen bis zu Telefonie, Verkehrszeichen und Postdiensten. Kooperationen mit Partnern wie der KommunalAgentur NRW sowie Plan4, AIDA ORGA und Otto Office haben die fachliche Tiefe zusätzlich gestärkt. Heute bietet die KWL auch Leistungen wie Feuerwehrbedarfsplanung und gebündelte Ausschreibungen für Mannschaftstransportwagen an. Damit unterstützt sie Kommunen ganz konkret im Alltag.

Gerade unter den aktuellen Bedingungen zeigt sich die Bedeutung solcher Strukturen besonders deutlich. Kommunen stehen unter erheblichem Druck: Fach- und Arbeitskräftemangel, demografische Veränderungen und knappe Haushaltsmittel treffen auf steigende Anforderungen an Rechtssicherheit und Wirtschaftlichkeit. In diesem Span-



FOTO © STEFAN JULIUS RÖMER

KWL-Geschäftsführer Marco Mensen sprach auf der Jubiläumsfeier der KWL am 28. Mai 2026

nungsfeld leisten Einheiten wie die KWL einen wichtigen Beitrag. Sie nehmen komplexe, seltene oder sehr spezialisierte Aufgaben ab, schaffen transparente Verfahren und entlasten die kommunalen Verwaltungen dort, wo zentral gebündeltes Handeln sinnvoller ist als Einzelarbeit vor Ort. Das ist kein Fremdkörper im kommunalen System – im Gegenteil: Als Teil der kommunalen Familie bleibt die KWL den Interessen der Kommunen eng verbunden.

Die KWL steht damit für ein Modell, das auch in Zukunft an Bedeutung gewinnen dürfte: kleine, fachlich versierte und zugleich praxisnahe Einheiten, die komplexe Aufgaben wirtschaftlich und rechtssicher bearbeiten. Sie sind agil genug, um auf veränderte Anforderungen zu reagieren, und zugleich nah genug an den Kommunen, um deren Bedürfnisse wirklich zu verstehen. Genau darin liegt ihre Stärke.

Zum 30. Geburtstag der KWL ist deshalb vor allem eines festzuhalten: Drei Jahrzehnte Engagement, Kompetenz und partnerschaftliche Zusammenarbeit haben eine verlässliche Struktur geschaffen, die Kommunen bis heute spürbar entlastet. Darauf kann die kommunale Familie stolz sein – und mit Zuversicht auf die nächsten Jahre blicken.



FOTO: ISTOCK 106540764 / GEKAUF VON TELEKOM

Dank für über zwei Jahrzehnte vertrauensvoller Zusammenarbeit

VON THOMAS SCHNEIDER UND SASCHA HORSTBRINK



THOMAS SCHNEIDER
ist Chapter Account Manager
LK II bei der Deutschen Telekom
Geschäftskunden GmbH



SASCHA HORSTBRINK
ist zuständig für die Finanzver-
waltung im Bereich Mobilfunk
Nord/Ost der Deutschen Telekom
Geschäftskunden GmbH

Seit mehr als 20 Jahren verbindet uns mit der Kommunalen Wirtschafts- und Leistungsgesellschaft (KWL) eine erfolgreiche und von gegenseitigem Respekt geprägte Partnerschaft. Dieses besondere Jubiläum ist Anlass, innezuhalten und „Danke“ zu sagen – für eine Zusammenarbeit, die stets von Vertrauen, Verlässlichkeit und einem gemeinsamen Qualitätsanspruch getragen war.

In einer Zeit, in der sich die Anforderungen an die öffentliche Verwaltung ebenso dynamisch entwickeln wie die Technologien der Telekommunikation, hat sich unsere Kooperation als konstant und belastbar erwiesen. Gemeinsam ist es gelungen, moderne und zukunftssichere Lösungen im Bereich Festnetz und Mobilfunk bereitzustellen. Dabei stand stets im Mittelpunkt, den Mitarbeitenden der kommunalen Verwaltung leistungsfähige und wirtschaftliche Kommunikationslösungen anzubieten. Ein Beispiel ist die erfolgreiche Umsetzung von Mobilfunk-Mitarbeiterтарifen, die den Beschäftigten im öffentlichen Dienst einen echten Mehrwert bieten. Diese Angebote sind Ausdruck unseres gemeinsamen Verständnisses, gute Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Die partnerschaftliche Zusammenarbeit war dabei stets geprägt von Offenheit, Transparenz und einem konstruktiven Dialog. Herausforderungen wurden gemeinsam gemeistert, Innovationen gemeinsam vorangetrieben. Gerade diese vertrauensvolle Basis hat es ermöglicht, auch in Zeiten technologischer Veränderungen schnell und zielgerichtet zu handeln.

Unser Dank gilt der KWL für das entgegengebrachte Vertrauen, die kontinuierliche Zusammenarbeit und die gemeinsame Ausrichtung auf langfristigen Erfolg. Wir schätzen diese Partnerschaft sehr und sind stolz darauf, einen Beitrag zur digitalen Infrastruktur und zur täglichen Arbeit der kommunalen Beschäftigten leisten zu dürfen.

Mit Blick in die Zukunft freuen wir uns darauf, diesen erfolgreichen Weg gemeinsam fortzusetzen – mit neuen Ideen, innovativen Lösungen und dem gleichen partnerschaftlichen Geist, der unsere Zusammenarbeit seit über zwei Jahrzehnten auszeichnet.



IMPRESSUM

„Die Niedersächsische Gemeinde“ erscheint sechsmal jährlich. Bezugspreis jährlich 36 Euro, Einzelpreis sechs Euro, jeweils zuzüglich Porto. In sämtlichen Verkaufspreisen sind sieben Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Für Mitglieder des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB) ist der Bezug der Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bestellungen bitte an: stautmeister@nsgb.de.

HERAUSGEBER: Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund. Präsident: Dr. Marco Trips, 30159 Hannover, Arnswaldstr. 28, Tel. 0511 30285-0, Fax 0511 30285-30, nsgb@nsgb.de, www.nsgb.de

REDAKTION UND ANZEIGENLEITUNG: Chefredaktion: Andreas Kröling, Tel. 0511 30285-44, kroeling@nsgb.de; Anzeigenleitung: Ute Stautmeister, Tel. 0511 30285-15, Fax 0511 30285-815,

stautmeister@nsgb.de. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung gestattet. Mit dem Namen der Verfasserin oder des Verfassers veröffentlichte Aufsätze und Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. In Ausnahmefällen wird nicht gegendert. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Ab 1.1.2026 gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 52.

GESAMTHERSTELLUNG: W&S Epic GmbH, Schulze-Delitzsch-Str. 35, 30938 Burgwedel, Tel. 05139 8999-0, Fax 05139 8999-50.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der KWL

Besonderer Dank gilt unseren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die mit ihrem Fachwissen, ihrer Erfahrung und ihrem Engagement zum Erfolg der KWL beitragen. Sie stehen unseren Kommunen beratend zur Seite und gehen gezielt auf die individuellen Bedürfnisse der jeweiligen Kommunen ein.



MARCO MENSEN

Bei der KWL seit: März 2021

Aufgabe: Geschäftsführer

Lieblingsfahrzeug: Gulaschkanone



MATTHIAS HOPPE

Bei der KWL seit: November 2001

Aufgabe: Prokurist,
Leiter Geschäftsfeld Ausschreibungen,
Ausschreibungen für Energie

Lieblingsfahrzeug: Kanalspülfahrzeug



ANKE LÄCHELT

Bei der KWL seit: September 2015

Aufgabe: Prokuristin, Leiterin
Rechnungswesen

Lieblingsmotto: Nomen est omen



MONIKA MEYER

Bei der KWL seit: November 2019

Aufgabe: Ausschreibungen von
Feuerwehrfahrzeugen

Fun Fact: Ich hätte niemals gedacht, dass
ich jemals im Feuerwehrewesen arbeiten
werde.



ANDREAS NIELEBOCK

Bei der KWL seit: April 2021

Aufgabe: Ausschreibungen von
Feuerwehrfahrzeugen

Lieblingsfahrzeug:
Gerätewagen Logistik GW-L2



PETRA SCHULZ

Bei der KWL seit: Mai 2014

Aufgabe: Ausschreibungen von
Feuerwehrfahrzeugen

Lieblingstool: Eieruhr



TOBIAS WILHELM

Bei der KWL seit: März 2020

Aufgabe: Feuerwehrbedarfsplanung und
Ausschreibungen von Feuerwehrfahrzeugen

Lieblingsfahrzeug:
Löschgruppenfahrzeug 20 (LF 20)



NILS UHRBACH

Bei der KWL seit: Juni 2025

Aufgabe: Ausschreibungen für
Kommunales

Lieblingsfahrzeug: Unimog



ANDREA PETERS

Bei der KWL seit: November 2017

Aufgabe: Rechnungswesen

Lieblingsmotto: Im Herzen barfuß.



MONA FIEDLER

Bei der KWL seit: Juli 2023

Aufgabe: Kooperationen und Rahmen-
vereinbarungen, Digitalisierung

Lieblingsfahrzeug: Straßenkehrmaschine



KERSTIN HILLEBRECHT

Bei der KWL seit: 1999

Aufgabe: Mobiltelefonie

Lieblingsfahrzeug: Drehleiter



TOBIAS WILHELM
ist bei der KWL zuständig für die
Feuerwehrbedarfsplanung

Feuerwehrbedarfsplanung

VON TOBIAS WILHELM

Ein zentrales Angebot der KWL ist die Unterstützung von Kommunen bei der Erstellung und Fortschreibung von Feuerwehrbedarfsplänen. Diese Planung ist essenziell, um den abwehrenden Brandschutz und die technische Hilfeleistung gemäß den örtlichen Gegebenheiten sicherzustellen. Durch die Zusammenarbeit mit einem externen Dienstleister bietet die KWL sowohl die erstmalige Erstellung als auch die individuelle Anpassung bestehender Feuerwehrbedarfspläne an.

VORTEILE DER ZUSAMMENARBEIT MIT DER KWL

- Planbare, überschaubare Kosten ohne Ausschreibung für NSGB-Mitglieder: Mitgliedskommunen des NSGB profitieren von einem vereinfachten Beschaffungsprozess, da die KWL als Tochtergesellschaft des NSGB agiert.
- Realistischer Blick von außen: Durch die Einbindung externer Experten erhalten Kommunen eine objektive Bewertung der aktuellen Feuerwehrstruktur und -leistung.
- Komprimiertes Ergebnis zur Beratung in den Gremien: Die Ergebnisse der Bedarfsplanung werden übersichtlich aufbereitet, um eine effektive Entscheidungsfindung in politischen Gremien zu ermöglichen.
- Wenig Aufwand in der eigenen Verwaltung: Die KWL übernimmt den Großteil des Planungsprozesses, wodurch die kommunale Verwaltung entlastet wird.

LEISTUNGEN IM DETAIL

1. Auftaktgespräch in der Kommune: Zu Beginn findet ein Gespräch mit Vertretern der Kommune statt, um Ziele und Erwartungen zu klären.

2. Vorschlag zur Definition des Schutzziels der Kommune: Basierend auf einer Gefährdungs- und Risikoanalyse wird ein maßgeschneidertes Schutzziel erarbeitet, welches das nötige Sicherheitsniveau festlegt.
3. Bereisung aller Feuerwehren und Gespräche mit Funktionsträgern: Vor Ort werden alle Feuerwehrstandorte besichtigt und Gespräche mit Verantwortlichen geführt, um ein umfassendes Bild der aktuellen Situation zu erhalten.
4. Bewertung des Status quo anhand einer Ampelsystematik: Die Bereiche Personal, Fahrzeuge, Gebäude, Technik, Organisation und Wasserversorgung werden gemäß aktuellen Regelwerken analysiert und in einer Ampelsystematik dargestellt, um Stärken und Schwächen aufzuzeigen.
5. Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der Feuerwehr: Auf Basis der Analyse werden konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, einschließlich Standortbetrachtungen zur optimalen Einhaltung des definierten Schutzziels.
6. Abschlussgespräch in der Kommune, gegebenenfalls auch in Ratsgremien: Die Ergebnisse und Empfehlungen werden präsentiert und diskutiert, um eine transparente Entscheidungsfindung zu gewährleisten.

Die regelmäßige Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans ist unerlässlich, da sich Gefahrenpotenziale und infrastrukturelle Gegebenheiten im Laufe der Zeit ändern können. Ein aktueller Bedarfsplan dient als strategisches Instrument für Politik und Verwaltung, um die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr sicherzustellen und Investitionen zielgerichtet zu planen.

Durch die professionelle Unterstützung der KWL können Kommunen sicherstellen, dass ihre Feuerwehr optimal aufgestellt ist, um den vielfältigen Herausforderungen des Brandschutzes und der technischen Hilfeleistung gerecht zu werden. Dies gewährleistet nicht nur die Sicherheit der Bürger:innen, sondern trägt auch zu einer effizienten und nachhaltigen Nutzung kommunaler Ressourcen bei.

Ansprechpartner

Tobias Wilhelm, Tel. 0511 30285-19,
E-Mail: wilhelm@nsgb.de





FOTO: K. GEMERT/DAGEFÖRDE

Das Vergaberecht ist (immer) in Bewegung: Neue Regeln für niedersächsische Vergabestellen?

VON PROF. DR. ANGELA DAGEFÖRDE UND DIPL.-JUR. OLE LÜHRS

Die KWL hat es sich zur Aufgabe gemacht, Kommunen bei ihren Beschaffungen zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund wäre diese Jubiläumsausgabe ohne einen Beitrag zum Vergaberecht unvollständig.

DIE KWL IN DER WISSENSCHAFT

Vorweggeschickt sei, dass die Arbeit der KWL in der rechtswissenschaftlichen Literatur nicht ungesehen bleibt. Sie wird oftmals hervorgehoben, um Beispiele für die gelungene interkommunale Zusammenarbeit bei der Durchführung von Beschaffungsvorhaben zu präsentieren.¹

BEWÄLTIGUNG DES VERGABERECHTS (UND SEINER ÄNDERUNGEN) ALS AUFGABE

Um an die Praxis der KWL anzuknüpfen, die von dem geltenden Vergaberecht geprägt wird, soll dieser Beitrag einen Überblick über einen Teil der Reformen in diesem Rechtsgebiet liefern.

Das Vergaberecht oberhalb der Schwellenwerte ist europarechtlich geprägt. Neben dem Bund, der seine Reformvorhaben mit dem Vergabebeschleunigungsgesetz, das am 1.7.2026 in Kraft tritt,² abgeschlossen hat, ist damit auch die EU involviert. Auch diese überarbeitet die europaweit geltenden Regeln zurzeit.

An dieser Stelle soll das niedersächsische Vergaberecht interessieren – für das die Landesregierung ebenfalls eine Reform vorsieht: Der Gesetzentwurf zur Änderung des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes (NTVergG) befindet sich derzeit im Gesetzgebungsprozess.³

REFORM DES NTVERG

Geplant sind Anpassungen an die neugefasste UVgO und die VOB/A, sodass (auch) niedersächsische Auftraggeber von der Anhebung der Wertgrenzen profitieren, die dort als Voraussetzungen erleichterter Verfahrensarten, etwa der freihändigen Vergabe, dienen, § 3 NTVergG-E.

Daneben ist angedacht, die Aufgreifschwelle von zehn Prozent auf 20 Prozent aufzuheben, siehe § 7 Satz 2 NTVergG-E. Auch diese Änderung dient dazu, den administrativen Verwaltungsaufwand zu verringern.

Im Feld der nachhaltigen Beschaffung ist mit § 10 NTVergG-E eine detailliertere Vorschrift zur umweltverträglichen und klimafreundlichen Beschaffung geplant. Außerdem sollen umfassende Neuregelungen zur Tariftreue bzw. zu Mindestarbeitsbedingungen geschaffen werden, siehe §§ 4 bis 6 und § 14a NTVergG-E.

Schließlich überrascht der Entwurf mit § 16 Abs. 1 Satz 1 NTVergG-E, wonach die Informations- und Wartepflicht auf Bauaufträge beschränkt werden soll.

Der Spagat zwischen Verfahrenserleichterungen und ausgeweiteten Vorgaben zu sozialen Standards wird auch in anderen Ländern versucht.⁴ Es bleibt abzuwarten, wie sich dieser Spagat in der Praxis bewährt.

FAZIT

Das sich ständig verändernde Vergaberecht im Blick zu behalten, ist herausfordernd. Um rechtssichere Beschaffungen realisieren zu können, ist nicht nur der KWL anzuraten, die Entwicklung im gesamten Mehrebenensystem zu verfolgen.



PROF. DR. ANGELA DAGEFÖRDE ist die Geschäftsführerin der DAGEFÖRDE Öffentliches Wirtschaftsrecht Rechtsanwaltsgesellschaft mbH



OLE LÜHRS ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der DAGEFÖRDE Öffentliches Wirtschaftsrecht Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

¹ Statt vieler Schröck, KommP spezial 2025 109 (109).

² von Wietersheim, jurisPR-VergR 6/2026 Anm. 1.

³ LT-Drs. 19/9899.

⁴ Buchholz, VergabeR 2026, 389 (395).

Meilensteine der KWL

In den vergangenen 30 Jahren hat sich die KWL kontinuierlich weiterentwickelt und sich den Bedürfnissen der Kommunen angepasst. Die wichtigsten Meilensteine werden im Folgenden dargestellt.

1996

Durchführung der ersten
Sammelausschreibung für einen
TSF W.

1998

Erweiterung des Angebots um
den Bereich Telefonie.



07.03.1996

Gründung der Kommunalen Wirtschafts- und
Leistungsgesellschaft (KWL) als 100%ige Tochter
des Niedersächsischen Städte- und Gemeinde-
bundes mit Carsten Menking als erstem
Geschäftsführer.

1998

Durchführung der ersten
Sammelausschreibung für Strom.

2001

Berthold Ernst und Wilfried Luhn
übernehmen die Geschäftsführung.

2001

Einstellung von Matthias „Mr. KWL“ Hoppe.

2002

Die KWL bekommt ein Logo.



2005

Start der Ausschreibungen für
Verkehrszeichen, Straßennamenschilder und
Aufstellvorrichtungen.

2007

Erweiterung des Fachbereichs
Kommunales.

2006

Beginn der Zusammenarbeit mit Otto Office.



Otto Office bietet mehr als 35.000 Markenartikel aus den Bereichen Bürobedarf, Technik und Möbel an. Die berechtigten Kommunen und sonstigen berechtigten kommunalen Unternehmen erhalten mit jeder Bestellung einen Sofortrabatt in Höhe von 10 % des Nettowarenwertes der Bestellung. Ausgenommen sind gekennzeichnete Artikel im Webshop, wie z.B. Apple-, DHL- und Deutsche Post Produkte.

2009

Einführung von Ausschreibungen
für Erdgas.

2011

Im Zuge der Nuklearkatastrophe von Fukushima gewinnt bei vielen Strom-
ausschreibungen das Umweltkriterium
„Ökostrom“ zunehmend an Bedeutung.

2013

Beginn der Zusammenarbeit mit der Kommunal Agentur NRW GmbH.



Die Kommunal Agentur NRW berät zu kommunalen Fragestellungen. Sie bietet den Kommunen und kommunalen Unternehmen bedarfsorientierte, wirtschaftliche und umweltorientierte Leistungen an.

2014

Beginn der Zusammenarbeit mit AIDA ORGA.



Mit dem Virtuellen Personalbüro werden personalwirtschaftliche Abläufe, z.B. Zeitwirtschaft, Antrags- und Genehmigungswesen etc. digital verwaltet. AIDA Protect hilft mit Zutrittsmanagement-Lösungen Gebäude zu sichern, Zutritt zu verwalten und Gebäude vor unberechtigten Zutritt zu schützen.

2014

Erste Ausschreibung für Postdienstleistungen.

2016

Jubiläumsveranstaltung „20 Jahre KWL“ im Feuerwehrhaus Burgdorf.

2018

Einführung der E-Vergabe für EU-Ausschreibungen.

2021

Marco Mensen übernimmt die Geschäftsführung.

2021

Die KWL erhält ein neues Corporate Design.



2022

Beginn der Zusammenarbeit mit PLAN4.



PLAN4 GebäudeCheck ist die ideale Softwarelösung, um Bestandsimmobilien effizient und präzise zu bewerten.

GebäudeCheck macht für Sie den gesamten Prozess der Gebäudebewertung transparent, verschafft Ihnen einen Gesamtüberblick über den tatsächlichen Zustand und liefert Ihnen so eine solide Grundlage für Sanierungsmaßnahmen.

2022

Erstmaliges Angebot der Feuerwehrbedarfsplanung.

2025

Planung der Sammelausschreibung für Mannschaftstransportwagen (MTW).

2026

Durchführung der Sammelausschreibung für Mannschaftstransportwagen (MTW).

Kommunale Beschaffung im Wandel – Effizienz und Rechtssicherheit mit der KWL

VON MATTHIAS HOPPE



MATTHIAS HOPPE
ist Prokurist und Geschäftsfeldleiter Ausschreibungen bei der KWL

Die kommunale Beschaffung befindet sich im Wandel. Steigende vergaberechtliche Anforderungen, volatile Märkte, wachsende Nachhaltigkeitsziele und begrenzte Haushaltsmittel stellen Städte, Gemeinden und Landkreise vor zunehmend komplexe Aufgaben. Gefragt sind wirtschaftliche, rechtssichere und zugleich praxisnahe Lösungen. Die Kommunale Wirtschafts- und Leistungsgesellschaft (KWL) unterstützt niedersächsische Kommunen seit 30 Jahren dabei, Beschaffungsprozesse effizient zu organisieren und öffentliche Mittel verantwortungsvoll einzusetzen.

Kern des KWL-Modells ist die Bündelung kommunaler Nachfrage. Durch größere Beschaffungsvolumina lassen sich bessere Konditionen erzielen und Vergabeverfahren effizienter organisieren. Gleichzeitig profitieren Kommunen von standardisierten Prozessen, hoher Transparenz und vergaberechtlicher Sicherheit, ohne auf individuelle Anforderungen verzichten zu müssen.

Zum Leistungsspektrum der KWL gehören neben gemeinsamen Beschaffungsvorhaben auch individuelle Einzelausschreibungen. So können Kommunen je nach Bedarf auf passende Vergabelösungen zurückgreifen.

Die KWL versteht sich dabei nicht nur als Beschaffungsdienstleister, sondern als kommunaler Partner, der Kommunen während des gesamten Vergabeprozesses begleitet.

FEUERWEHRBESCHAFFUNG: TECHNIK, WIRTSCHAFTLICHKEIT UND RECHTSSICHERHEIT

Ein zentrales Tätigkeitsfeld ist die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen. Die KWL führt sowohl individuelle als auch gebündelte Ausschreibungen durch und begleitet die Verfahren bis zur Zuschlagserteilung.

Zu den Leistungen gehören:

- Erstellung individueller Leistungsbeschreibungen
- Durchführung vergaberechtskonformer Verfahren
- strukturierte Angebotsauswertung
- Aufbereitung der Ergebnisse als Entscheidungsgrundlage

Der Beschaffungsprozess beginnt mit dem Abschluss eines Dienstleistungsvertrags zwischen der Kommune und der KWL. Anschließend werden auf Grundlage der örtlichen Anforderungen individuelle Leistungsbeschreibungen für Fahrgestell, Aufbau und gegebenenfalls Beladung erstellt. Nach



Wichtiges Utensil bei der Vergleichsvorführung: die Eieruhr



FOTOS (2): KWL MBH

Freigabe durch die Kommune führt die KWL das Vergabeverfahren über die elektronische Vergabepattform durch, wertet die eingehenden Angebote anhand eines transparenten Bewertungssystems aus und bereitet die Ergebnisse entscheidungsreif für die Kommunen auf.

Ein besonderes Element ist die Vergleichsvorführung, bei der die Bieter ihre Lösungen präsentieren. Die funktionale Bewertung erfolgt durch die Kommune mithilfe standardisierter Bewertungsbögen und fließt gemeinsam mit Preis- und Leistungsmerkmalen in die Gesamtwertung ein.

Vor der Vergabe werden die Unterlagen zusätzlich einer unabhängigen vergaberechtlichen Prüfung unterzogen. Nach Abschluss des Verfahrens übernimmt die KWL die organisatorische Abwicklung der Auftragsvergabe. Die Detailabstimmung des Fahrzeugaufbaus erfolgt anschließend direkt zwischen Kommune und Hersteller, sodass individuelle Anforderungen bis zur Fahrzeugübergabe berücksichtigt werden können.

Die Praxis zeigt, dass sich technische Anforderungen und wirtschaftliche Zielsetzungen durch standardisierte und zugleich flexible Verfahren optimal miteinander verbinden lassen. Seit 1996 wurden auf diesem Weg mehrere tausend Feuerwehrfahrzeuge beschafft. Damit zählt die KWL heute zu den führenden kommunalen Beschaffungsdienstleistern für Feuerwehrtechnik in Niedersachsen.

ENERGIE: BESCHAFFUNG IN EINEM DYNAMISCHEN MARKT

Auch die Energiebeschaffung stellt Kommunen vor große Herausforderungen. Preisentwicklungen, regulatorische Veränderungen und steigende Nachhaltigkeitsanforderungen erfordern professionelle Beschaffungsstrukturen.

Die KWL führt bereits seit Ende der 1990er-Jahre Bündelausschreibungen für Strom und seit 2009 auch für Erdgas durch. Kommunen profitieren dabei von den Vorteilen einer gemeinsamen Beschaffung.

Mit mehr als 200 Strom- und über 130 Erdgasausschreibungen verfügt die KWL über langjährige Erfahrung in der kommunalen Energiebeschaffung. Die Abnahmestellen werden gebündelt und in regionale Lose aufgeteilt, um den Wettbewerb zu stärken und attraktive Marktbedingungen zu schaffen. Abweichende Vertragslaufzeiten, Anteile von Bioerdgas sowie weitere Anforderungen können im Rahmen von Einzelausschreibungen individuell festgelegt werden.

Die Nachfrage nach nachhaltigen Energielösungen hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Die KWL

unterstützt Kommunen dabei, entsprechende Anforderungen rechtssicher in Ausschreibungen zu integrieren.

Die Verfahren basieren auf standardisierten Prozessen, die Transparenz, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit gewährleisten. Der Zuschlag erfolgt auf das wirtschaftlichste Angebot je Ausschreibung beziehungsweise Los. Maßgebliches Wertungskriterium ist dabei der angebotene Preis.

KOMMUNALES: VIELFALT IM BESCHAFFUNGSALLTAG

Neben Energie und Feuerwehrtechnik deckt die KWL ein breites Spektrum kommunaler Bedarfe ab. Seit vielen Jahren gehören Ausschreibungen für Verkehrszeichen und weitere kommunale Bedarfe zum Leistungsportfolio der KWL. Ergänzt wird dieses Angebot seit 2007 durch Vergabeverfahren für Kommunalfahrzeuge, Dienstleistungen und IT-Ausstattung.

Diese Beschaffungen erfolgen nach den gleichen bewährten Grundsätzen wie im Bereich der Feuerwehrfahrzeuge. Von der Erstellung individueller Leistungsbeschreibungen über das Vergabeverfahren und die strukturierte Angebotsauswertung bis hin zur Vergabeempfehlung begleitet die KWL die Kommunen durch den gesamten Beschaffungsprozess. Dadurch werden sowohl einheitliche Qualitätsstandards als auch eine hohe vergaberechtliche Sicherheit gewährleistet, während gleichzeitig individuelle Anforderungen der jeweiligen Auftraggeber berücksichtigt werden können.

EFFIZIENZ, RECHTSSICHERHEIT UND ZUKUNFTSFÄHIGKEIT

Die Anforderungen an die kommunale Beschaffung steigen weiter. Vergaberechtliche Vorgaben, volatile Märkte, technologische Entwicklungen und knappe Haushalte erfordern professionelle Strukturen.

Die KWL verbindet wirtschaftliche Effizienz, Rechtssicherheit und kommunale Praxisnähe. Standardisierte Verfahren, transparente Dokumentation und unabhängige Prüfungen sichern nachvollziehbare Entscheidungen und hohe Qualität. Gleichzeitig bleiben Spielräume für kommunale Anforderungen. Diese Kombination aus Standardisierung und Flexibilität hat sich bewährt und stärkt die langfristige Handlungsfähigkeit der Kommunen.

Die KWL zeigt: Gemeinschaftliche Beschaffung erschließt wirtschaftliche Potenziale, vereinfacht Vergabeprozesse und setzt öffentliche Mittel verantwortungsvoll ein, im Dienst der Kommunen in Niedersachsen.

Individuell. Wirtschaftlich. Kommunal gedacht.

Die KWL feiert 30 Jahre

Den 30. Geburtstag der KWL haben wir am 28. Mai in Hannover im Restaurant Finca gefeiert. Bei sonnigem Wetter konnten wir gemeinsam mit Kundinnen und Kunden, Geschäftspartnerinnen und -partnern, Kolleginnen und Kollegen und Freundinnen und Freunden der KWL einen besonderen Nachmittag genießen.



Für das leibliche Wohl war bestens gesorgt. Ein Grillbuffet bot eine große Auswahl an Speisen, sodass für jeden Geschmack etwas dabei war. Die lockere Umgebung lud zu vielen anregenden Gesprächen ein und sorgte für eine gute Stimmung.



Ein Programmpunkt waren die Reden von Dr. Marco Trips und Marco Mensen, die auf die Geschichte und die Zukunft der KWL eingegangen sind.



FOTOS: JES ABELHANS, DSI, © STEFAN RÜMER



Ein besonderes Highlight des Abends war die Unterhaltung durch einen Zauberer. Mit seinen beeindruckenden Tricks und seinem Charme begeisterte er die Gäste und sorgte für Stauen und Lachen.



Im Rahmen der Feier wurde Matthias Hoppe, unser „Mr. KWL“, für seine 25-jährige Betriebszugehörigkeit und sein starkes Engagement für die KWL geehrt.



Insgesamt war die Jubiläumsfeier ein voller Erfolg. Sie bot die perfekte Gelegenheit, gemeinsam auf das Erreichte zurückzublicken und in geselliger Runde zu feiern. Wir bedanken uns bei allen, die uns gratuliert und diesen Nachmittag gemeinsam mit uns verbracht haben. Mit Blick in die Zukunft freuen wir uns darauf, auch weiterhin erfolgreich zusammenzuarbeiten und viele weitere gemeinsame Meilensteine zu feiern.

KWL-Sammelausschreibung für Feuerwehrfahrzeuge erfolgreich abgeschlossen



MATTHIAS HOPPE
ist Prokurist und Geschäftsfeldleiter Ausschreibungen bei der KWL

VON MATTHIAS HOPPE

Bereits in den ersten Jahren ihres Bestehens führte die KWL erfolgreich Sammel-ausschreibungen für Tragkraftspritzenfahrzeuge (TSF) mit Doppelkabine sowie Löschgruppenfahrzeuge LF 8 durch. In den darauffolgenden Jahren konzentrierte sich die KWL jedoch auf die Durchführung individueller Ausschreibungsverfahren im Bereich der Feuerwehrbeschaffung.

Nach drei Jahrzehnten schließt sich nun der Kreis: Im Jahr 2026 führte die KWL erneut eine Sammel-ausschreibung für Mannschaftstransportwagen (MTW) und Mehrzweckfahrzeuge (MZF) für niedersächsische Kommunen durch und konnte diese erfolgreich zum Abschluss bringen.

Auf Initiative des Präsidiums des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB) nahm die KWL das Thema Sammelausschreibungen erneut auf. Insbesondere die Fahrzeugausschreibungen des Landes Niedersachsen veranlassten zahlreiche Kommunen dazu, alternative Beschaffungswege sowie die Vorteile gemeinsamer Ausschreibungen erneut in den Blick zu nehmen.

Vor diesem Hintergrund prüfte die KWL die Möglichkeiten einer zentralen Sammelbeschaffung und entschied sich zunächst für die Ausschreibung von Mannschaftstransportwagen. Gemeinsam mit Mitgliedern des Fachausschusses Technik (FA-T) des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen (LFV Niedersachsen) wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Deren Aufgabe bestand darin, eine funktionale und praxisgerechte Leistungsbeschreibung für einen „MTW Niedersachsen“ zu entwickeln. Ziel war es, den Kommunen ein wirtschaftliches und zugleich einsatztaugliches Fahrzeugkonzept zur Verfügung zu stellen.

Im Verlauf der Konzeptionsphase entschied die Arbeitsgruppe, zwei Fahrzeugvarianten zu definieren: den „MTW Niedersachsen“ sowie das „MZF Niedersachsen“.

Der „MTW Niedersachsen“ verfügt über eine Kapazität von bis zu acht Personen und ist insbesondere für den schnellen Transport von Einsatzkräften zur Einsatzstelle sowie zwischen verschiedenen Standorten konzipiert.

Das „MZF Niedersachsen“ zeichnet sich hingegen durch seine vielseitige Einsetzbarkeit aus. Es bietet sechs Sitzplätze und verfügt darüber hinaus über zusätzliche Transportkapazi-

täten für Material und Ausrüstung. Je nach Ausführungsvariante konnten zudem Allradantrieb sowie ergänzende Ausstattungspakete berücksichtigt werden.

Die Leistungsbeschreibungen beider Fahrzeugvarianten sahen darüber hinaus begrenzte Möglichkeiten zur individuellen Anpassung der Fahrzeuge nach der Zuschlagserteilung durch die teilnehmenden Kommunen vor. Die Informations- und Werbekampagne für das Ausschreibungsverfahren begann im Herbst 2025. Insgesamt beteiligten sich 20 Kommunen an der Sammelausschreibung.

Das Vergabeverfahren wurde im Januar 2026 als europaweites offenes Verfahren in zwei Losen durchgeführt. Los 1 umfasste die Beschaffung von 26 MTW, Los 2 die Beschaffung von 19 MZF. Neben dem Angebotspreis und dem Liefertermin wurden verschiedene Erfüllungsgrade der Leistungsbeschreibung bewertet. Während des Vergabeverfahrens gingen lediglich wenige Bieterfragen ein, was als Indikator für die

hohe Qualität und Klarheit der erarbeiteten Leistungsbeschreibungen gewertet werden kann. Bis zum Ablauf der Angebotsfrist wurden insgesamt acht Angebote eingereicht. Nach Abschluss der Angebotswertung erhielt die Freytag Karosseriebau GmbH & Co. KG aus Elze im April 2026 den Zuschlag für beide Lose.

Bereits in den Leistungsbeschreibungen wurde festgelegt, dass für beide Fahrzeugvarianten jeweils nur eine Baubesprechung durchgeführt wird. Zwischenzeitlich haben die Baubesprechungen für beide Fahrzeugvarianten stattgefunden. Die KWL wurde hierbei durch die an der Ausschreibung beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie durch die Mitglieder der Arbeitsgruppe vertreten.

Mit den Auslieferungen der Fahrzeuge an die teilnehmenden Kommunen wird Anfang 2027 gerechnet.

Die bislang durchweg positiven Erfahrungen haben die KWL dazu veranlasst, weitere Sammelausschreibungen zu prüfen. Eine Neuauflage der Ausschreibung für MTW und MZF ist bereits vorgesehen. Darüber hinaus wird derzeit untersucht, welche weiteren Fahrzeugtypen sich für eine zentrale Sammelbeschaffung eignen.

Auch bei zukünftigen Ausschreibungen wird eine enge Zusammenarbeit mit dem LFV Niedersachsen angestrebt. Ziel ist es, weiterhin praxisgerechte, wirtschaftliche und zukunftsorientierte Beschaffungslösungen für die niedersächsischen Kommunen zu entwickeln.





FOTOS MITGLIEDERVERSAMMLUNG (14): CORNELIA KOLBE

Rede von Dr. Marco Trips anlässlich der Mitgliederversammlung am 18. Juni 2026 in Hildesheim

Es gilt das gesprochene Wort.

Des Kaisers neue Kleider

Vor langer, langer Zeit in einem weit, weit entfernten Land gab es ein Volk, das hatte eine Regierung, die wollte nichts anderes als eine Politik machen, die allen gefiele. Die Regierung war nicht eitel oder selbstsüchtig, nur wollte sie niemandem wehtun, denn sie hatte Angst, dass sie dann nicht mehr gemocht würde.

Eines Tages kamen Betrüger in das Land und gaben sich als Experten auf vielerlei Gebieten aus. Sie erzählten, dass sie sich als Ideologen und Strategen auf dieses und jenes verstünden und eine Politik machen könnten, die allen recht wäre. Zudem hätte diese Art von Politik die Eigenschaft, dass nur die Schlaun und Einsichtigen sie verstünden, jene aber nicht, die nicht für ihr Amt taugten oder unverzeihlich dumm wären.

Die Regierung sprach bei sich, ei, das wäre ja eine prächtige Politik, wir wären die Lieblinge des Volkes, unsere Ämter wären uns sicher und noch dazu könnten wir die Dummen von den Schlaun unterscheiden!

Und sie gab den Auftrag, eine solch herrliche Politik zu erdenken.

So gingen die Experten und Ideologen zu Werke und schrieben ein Papier ums andere und eine Pressemitteilung um die andere und gaben ein Interview um das andere. Und in drei Monaten sollte die Politik fertig sein.

Und das Volk hörte und staunte.

Wie die Regierung sich das so besah, so kamen ihr doch Gedanken: „Wir möchten doch wohl wissen, wie weit sie mit dem Zeuge sind!“ dachten sie. Aber es war ihnen ordentlich beklommen zu Mut, wenn sie daran dachten, dass derjenige, welcher dumm sei oder schlecht zu seinem Amte taue, es nicht sehen könne. Das Volk wusste ja, was da käme und dass nur der es verstünde, der ordentlich klug sei. Und als dumm wollte keiner gelten, auch die Regierung nicht.

So sandte die Regierung ihre Untergebenen aus, um zu schauen, was denn wohl wäre. Zuerst ging einer hin, besah es sich und er erkannte, dass da nur ein großer Haufen an ungeordneten Ideen und Vorschlägen waren, die nicht zueinander passten und kein gutes Ende nehmen würden.

„Gott behüte uns!“ dachte der Untergebene und riss die Augen auf, „Ich kann ja nichts Vernünftiges erblicken!“ Da er aber auch nicht für dumm erscheinen wollte, sagte er nichts. Doch weil es ihm offensichtlich war, wagte er eine einzige Frage zu stellen, und er nahm sich vorsichtig den kleinsten Teil heraus, eine kleine Nebensache:

„Wenn ich sehe, dass ihr die Wölfe sich vermehren lassen wollt ohne Grenzen, so denke ich doch, ob das so richtig ist?“

Doch die Betrüger lächelten milde und sagten: „Ei, da versteht ihr etwas nicht, lieber Freund, man kann doch die Schafe einzäunen. Und wenn doch eines gerissen werden sollte, dann geben wir dem Schäfer Geld, denn Geld ist ja genug da.“

Dies merkte sich der Untergebene genau, damit er ja nicht für dumm gehalten werde, wenn er der Regierung berichte.

So erzählte er von der neuen Politik in den schönsten Farben, und die Regierung kündigte es dem Volke an, und die Zeitungen schrieben darüber.

Doch weil es immer noch nicht recht voranging, wurde immer wieder einer entsandt, um zu schauen und zu fragen. Ihnen allen erging es nicht anders als dem ersten und auch sie trauten sich, immer nur eine einzige Frage zu stellen:

„Ist es nicht schwierig, wenn kein Geld für die Krankenhäuser da ist? Wo sollen die Kranken geheilt werden?“

„Ei, da versteht Ihr etwas nicht“, sagten die Experten und lächelten, „das ist kein Problem. Das können die Kommunen bezahlen, die haben genug Geld. Und wenn dabei das

ein oder andere Krankenhaus kaputt geht, dann waren es eben die Kommunen und nicht ihr.“

„Ist es nicht schwierig, wenn es bald nicht mehr genug Hausärzte gibt?“ „Ei, da versteht Ihr etwas nicht“, sagten die Experten und lächelten, „das ist kein Problem. Da können die Kommunen doch medizinische Versorgungszentren einrichten, sie haben genug Geld. Und wenn es doch zu wenig Ärzte gibt, dann zeigt ihr auf den Bürgermeister und sagt, er hätte das ja machen können.“

„Ist es nicht schwierig, einen Rechtsanspruch zu schaffen, wenn die Regierung die Ganztagschulen nicht bezahlen kann?“ „Ei, da versteht Ihr etwas nicht“, sagten die Experten und lächelten, „wir machen es so, dass die Kommunen bezahlen müssen. Wir verkünden einfach, es sei ihre Aufgabe, dann werden sie es machen müssen, da sich sonst das Volk bei ihnen beschwert. Und die Kommunen haben genug Geld.“

„Ist es nicht schwierig, wenn die vielen Einwanderer vom Staate so viel Geld bekommen, ohne jemals hier gearbeitet zu haben?“ „Ei, da versteht Ihr etwas nicht“, sagten die Experten und lächelten, „es gibt keine Zuwanderung in den Sozialstaat. Und die Leistungen können die Kommunen zahlen, denn sie haben genug Geld.“

„Wäre es nicht gerechter, die Reichen im Volke zu beteiligen bei Kindergärten, bei Ganztag, bei Tablets?“ „Ei, da versteht Ihr etwas nicht“, sagten die Experten und lächelten. „Es geht hier um Bildungsgerechtigkeit und um die Kinder. Denkt an die Kinder, sie sind unsere Zukunft! Und wir werden, wenn Gott will, noch eine Steuerreform machen, da können wir die Reichen im Volk belasten. Und bis dahin können es die Kommunen bezahlen, denn sie haben genug Geld.“

„Wenn wir auf Kohle, Atomkraft und Gasversorgung verzichten, dabei aber eine Unzahl von Windrädern errichten, ohne die Netze auszubauen, wird das nicht dazu führen, dass die Strompreise in die Höhe und die Verfügbarkeit in die Knie gehen?“ „Ei, da versteht Ihr etwas nicht“, sagten die Experten und lächelten, „Es geht hier ums Klima. Da muss so manches zurückstehen. Und wenn die Strompreise zu hoch werden, dann machen wir eine Stromprelsbremse. Und Strom können wir aus dem Ausland kaufen, denn wir haben ja genug Geld.“

„Ist es nicht schwierig, wenn ihr eine Mobilitätswende verkündet, aber Busse und Bahnen weniger Geld bekommen, weil ihr einen Freifahrtschein für alle ausstellt?“ „Ei, da versteht Ihr etwas nicht“, sagten die Experten und lächel-



ten, „Wir haben Visionen. So kleingeistig darf man nicht denken. Und wenn das Geld nicht reicht, so zahlen es die Kommunen. Die haben genug Geld.“

Und sie fragten und fragten, nach Entlastungsprämien zulasten der Kommunen, nach Rente und Pflege, nach demografischem Wandel und nach Wirtschaftsflaute. Sie fragten nach dem Verschweigen von täglichen Cyberangriffen und Anschlägen des bösen Feindes im Osten, nach EU-Wiederherstellungsverordnungen, nach Sozialstaatskommissionen ohne Ergebnisse, nach Bürokratie, nach Konnexität und nach vielem mehr.

Und der letzte fragte am Ende „Die Kommunen sagen, sie haben jetzt kein Geld mehr, nur noch Schulden. Und es wird immer schlimmer. Und wir sehen das auch und können es sogar ausrechnen. Was sollen wir tun?“ „Ei, da versteht Ihr etwas nicht“, sagten die Experten und lächelten besonders milde, „Wenn die Kommunen kein Geld mehr haben, so müssen sie eben sparen! Wenn sie nur alles digitalisieren, wird es schon gehen.“

So war es also einige Zeit lang gegangen, jeder, der hinging, stellte eine Frage, welche ihm sehr nachsichtig und milde erklärt wurde, so dass er schon merkte, dass er für dumm gehalten werde, man ihm dies aber nicht übelnehme, wenn er nur der Regierung ordentlich berichte.

Nach drei Monaten nun wollte die Regierung es selbst sehen. Mit allen ihren Untergebenen, die schon früher dort gewesen waren, ging sie zu den Betrügern hin, die nun aus allen Kräften und auf allen Kanälen posteten, diskutierten und durcheinanderriefen.



Marcus Bosse, Vizepräsident des Niedersächsischen Landtags, richtete ein Grußwort an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

„Ist das nicht prächtig?“ sagten die Untergebenen, die schon einmal da gewesen waren. „Ist das nicht eine Politik, die allen gerecht wird? Die jedem das seine zukommen lässt, ohne eine einzige Last!“ Und dann zeigten sie auf die verworrenen Konzepte und unübersehbaren Gesetze und die Berichte und Dokumentationen.

„Was!“ dachte die Regierung, „Das ist ja schrecklich! Da ist ja nichts! Sind wir dumm? Taugen wir nicht dazu, das Land zu führen?“

Doch zugeben, dass sie etwa dumm sein könnten, wollten auch sie nicht. So nahmen sie alles, was die Betrüger erdacht hatten, hießen es für gut und präsentierten es dem Volke. Da sie aber doch fürchteten, dass es nicht mit rechten Dingen zugegangen sei, so gaben sie es stückweise und nach und nach heraus.



Oberbürgermeister Dr. Ingo Meyer begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Namen der Stadt und des gastgebenden Kreisverbandes Hildesheim



Finanzminister Gerald Heere sprach zum Thema „Zwischen Haushaltsengpässen und Zukunftsaufgaben: Wege für starke Kommunen“

Dennis Rohde, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, hielt einen Impulsvortrag zur kommunalen Finanzkrise



Podiumsdiskussion: von links: Frauke Heiligenstadt MdB (SPD), Fritz Güntzler MdB (CDU), der niedersächsische Finanzminister Gerald Heere, Dennis Rohde (Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium), NSGB-Präsident Dr. Marco Trips und Moderatorin Denise Knoche-Haarstrick (Radio Hannover)



Im Rahmen der Podiumsdiskussion beteiligte sich auch das Publikum, hier Präsidiumsmitglied Tim Willy Weber

Das Volk war bei jedem Male sehr erstaunt, doch keiner wollte es sich merken lassen, dass er nur Wirrwarr sah, denn dann hätte er ja nicht zu seinem Amte getaugt oder wäre sehr dumm gewesen.

Meine Damen und Herren,
Sie wissen, wie das Märchen endet.
Wo ist das Kind, das dem Kaiser sagt, dass er nackt ist?
Sind wir es mit unserer Unzahl von Stellungnahmen und Warnungen über die Jahre?
Sind wir es mit unserem Aktionstag im Mai vor dem Landtag?
Sind wir es heute und hier?

Sehr geehrter Herr Finanzminister Heere, sehr geehrter Herr Staatssekretär Rohde, sehr geehrte Frau Heiligenstadt, sehr geehrter Herr Güntzler, sehr geehrte Abgeordnete,
wir sind nicht dumm und lassen es uns auch nicht weismachen.

Im Jahr 2025 haben die Kommunen in Deutschland 32 Milliarden Euro mehr ausgegeben als eingenommen. Dieses größte Defizit der bundesrepublikanischen Geschichte ist in der Prognose weiter aufwachsend und strukturell bedingt.

Diese kommunale Finanzkrise hat im Wesentlichen vier Ursachen, ich nenne sie die vier kommunalen apokalyptischen Reiter, die seit Jahren durch die kommunalen Haushalte ziehen:

1. Aufgabenübertragung ohne Konnexität: Paradebeispiel Ganztag
2. Hineindrängen in aufgabenfremde Mitfinanzierungen: Paradebeispiel Krankenhäuser (neu mit GKV-Stabilisierungsgesetz), Hausärzte und pädagogischer Ganztagsbetrieb
3. Massive Steigerungen der Sozialausgaben zu Lasten der Kommunen, Paradebeispiel Eingliederungshilfe, Jugendhilfe, Bürgergeld, drohende 3. Stufe BTHG-Reform
4. Die beginnende Zinsspirale: Die Kassenkredite steigen in Niedersachsen jedes Jahr um eine Milliarde Euro. Investitionen gehen nur noch mit Kreditaufnahme, Kommunen machen keine Überschüsse mehr.

Von Bund und Ländern bekommen wir Ausreden statt Verantwortung, ich nehme an, dass wir all dies gleich hören werden.

1. Ausrede: „Ihr habt doch jetzt genug bekommen!

Seid dankbar!“:

Das „Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität“. In Niedersachsen stehen bis 2042 4,7 Milliarden zur Verfü-

gung – also 390 Millionen pro Jahr. Das klingt zunächst nach sehr viel Geld. Wenn man die Wirkung betrachtet, relativiert sich das aber schnell. Für eine 10 000-Einwohnergemeinde stehen insgesamt etwa 3,2 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist eine Turnhalle, sicherlich nicht der einzige Investitionsbedarf in diesem Zeitraum. Wenn medial der Eindruck erweckt wird, hier wird Deutschland durchsaniiert, so ist dies schlicht falsch. Die kommunale Investitionsquote sinkt trotz der Zuschüsse, weil die Kommunen nicht mehr können.

Hinzu kommt ein über die Jahre aufgebauter Investitionsstau von 216 Milliarden Euro.

Zudem sollte die Wirkung von kommunalen Investitionen nicht verkannt werden, denn der Begriff ist irreführend. Während in der Privatwirtschaft Investitionen zu höherer oder besserer Produktivität führen und somit am Ende die Gewinne steigern, wirken kommunale Investitionen nur gesellschaftlich und mittelbar. Sie erreichen bessere Bildung, höhere Sicherheit oder eine gesündere Bevölkerung, bringen aber den kommunalen Kernhaushalten neben Zinsen für die aufgenommenen Kredite zusätzliche Abschreibungen, Unterhaltungs- und Betriebskosten.

Eine Entlastung in den entscheidenden Betriebskosten bringen sie nicht.

2. Ausrede: Durchhalteparolen ohne Realitätssinn: „Wenn denn im nächsten Jahr die Wirtschaft wieder anspringt...!“

Wer nun die kommunale Finanzkrise allein mit einem Verweis auf zukünftiges Wirtschaftswachstum relativieren will, unterschätzt sowohl die strukturelle Schwäche der deutschen Volkswirtschaft als auch die Dynamik der staatlichen Ausgaben. Ich erspare Ihnen die Zahlen. Wir sind in einer andauernden Stagnation und Rezession mit Rekordwerten bei Insolvenzen, Verlust von vielen Arbeitsplätzen und Flucht ins Ausland, vor allem in der wertschöpfenden Industrie. Auch auf kommunaler Ebene beginnen seit diesem Jahr die Gewerbesteuerentnahmen wegzubrückeln.

3. Ausrede: Wenn du nicht mehr weiterweißt, gründe einen Arbeitskreis

Die Kommunen haben große Hoffnungen in von der neuen Bundesregierung eingesetzte Reformkommissionen gelegt. Hier ist mittlerweile brutale Ernüchterung eingetreten. Die Sozialstaatskommission hat sich mit organisatorischen Veränderungen beschäftigt, die Finanzen aber ausgeklammert. Entlastungen der Kommunen bei diesem zentralen Thema sind

hier nicht zu erwarten. Die Konnexitätskommission beschäftigt sich mit technischen Fragen, geht aber der letztlichen Konsequenz einer Gegenfinanzierung neuer Aufgaben aus dem Weg, und zwar sehenden Auges, weil klar ist, dass im Bund dann keine Politik mehr gemacht werden kann. Auch im Zukunftspakt mit den Kommunen wurden die Finanzen mittlerweile herausgelöst, man hat sich dort auf den bequemen, aber aussichtslosen Versuch verständigt, Deutschland durch Verwaltungsmodernisierung, Entbürokratisierung und Digitalisierung zu sanieren. Das ist auch wichtig, wird aber nicht funktionieren und keine entscheidenden finanziellen Effekte auslösen.



Am gemeinsamen Stand boten die Projektagentur und Gemeinde 5.0 Informationen an: Katharina Knorren, Sabrina Stieber und Mona Fiedler (v.l.)



Der Informationsstand der UAN fand auch in diesem Jahr großen Anklang

4. Ausrede: Es ist genug Geld da, es muss nur anders verteilt werden

Wer von Steuererhöhungen zur Lösung aller Krisen träumt, möge sich die Staatsquote in Deutschland ansehen. Sie ist mit gleichbleibenden knapp 49 Prozent schon recht hoch. Gegen Steuererhöhungen sprechen derzeit eine schwächelnde Wirtschaft, die eher einen Wachstumsschub als zusätzliche Belastungen bräuchte. Gleiches gilt für die private Binnen- nachfrage. Im Übrigen spricht auch die demographische Perspektive eher für eine Aufgaben- und Ausgabenverminderung, denn für eine Erhöhung der Belastungen auf zukünftig weniger Einzahlende.



5. Ausrede: Dann eben verschulden, machen andere ja auch

Eine weitere Antwort lautet, man könne ja die Staatsverschuldung Deutschlands im internationalen Vergleich noch um einiges in die Höhe treiben. Sie liegt im Jahr 2026 bei relativ stabilen 63 Prozent des Bruttoinlandproduktes, während beispielsweise Frankreich bei 117 Prozent, Italien bei 139 Prozent und Spitzenreiter Japan bei 250 Prozent liegen. Befürworter wollen so die Wirtschaft beleben und teurere soziale und gesellschaftliche Kosten in der Zukunft abwenden, zum Beispiel in den Bereichen der Bildung und der Klimafolgenanpassung. Abgesehen von der Belastung zukünftiger Generationen eben auch mit den Kreditkosten ist an dieser Stelle auf die oben genannte Zinsspirale zu verweisen, in der die Zinsausgaben andere Ausgaben und Aufgaben verdrängen. Zudem scheint mir ein großer Teil der Schuldenaufnahme eher zur Querfinanzierung von laufenden Sozialausgaben zu dienen. Größer ist daher wohl die Gefahr der Setzung von Fehlanreizen, das System so zu belassen, wie es ist und notwendige Reformen zu verschleppen.

Meine Damen und Herren,

sehr geehrter Herr Minister Heere, Herr Staatssekretär Rohde, sehr geehrte Abgeordnete,

die Zahlen, Daten und Fakten sind kein Märchen. Hinter jeder Frage der Untergebenen steht reale Politik – Ihre Politik. Und ich weiß nicht, wieviel deutlicher ich es Ihnen noch sagen kann:

Ihre Regierungen sind nackt!

Aber was ist die Lösung, was ist das gute Ende des Märchens?

Für uns Kommunen gibt es eine Reihe von bekannten Forderungen.

An das Land nach einer Milliarde mehr im Kommunalen Finanzausgleich. An den Bund nach höheren Steueranteilen.

Nach Einhaltung der Konnexität bei Land und Bund.

Unsere Vorschläge im Einzelnen kann man nachlesen.

Der wichtigste ist jedoch: Eine Gesamtreform aller unserer staatlichen Systeme, vor allem der Sozialausgaben.

Und zwar Reformen, in denen die Belastungen auf alle verteilt und nicht ohne Rücksicht auf die kommunale Ebene verschoben werden. Es kann nicht sein, dass Sie die Kommunen, die kommunale Selbstverwaltung, die Basis unseres Staates und unserer Demokratie in die Handlungsunfähigkeit schicken, weil sich die Bundesregierung nicht traut, den Menschen reinen Wein einzuschenken und Belastungen auszusprechen und gleichmäßig zu verteilen!



Das Schlusswort hielt die 1. Vizepräsidentin des NSGB, Maren Kleinschmidt

Der Spagat zwischen einem Entlasten der Wirtschaft mit dem Ziel eines erneuten Wachstums und den gewaltigen Transformationsbedarfen verlangt nach einer austarierten Mischung von Anspruchsrücknahmen, Ausgabensenkungen, deutlich mehr Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger statt einer All-Inclusive-Mentalität und nach einer stärkeren Verantwortung derjenigen, die starke Schultern haben.

Die Bürgerinnen und Bürger ahnen oder wissen, dass solche Einschnitte in staatlichen Leistungen bevorstehen. Ein solches Gesamtpaket müsste beispielsweise einige in den letzten Jahren zu großzügig angelegten Sozialleistungen reduzieren und gleichzeitig Vermögenssteuer oder Erbschaftssteuer adressieren, es müsste Arbeitnehmern und Beamten, Deutschen und Ausländern, Rentnern und Pensionären, gesetzlich und privat Versicherten, Jungen und Alten **gleichermaßen und vor allem zeitgleich** Opfer abverlangen.

Dann hätte ein solches Maßnahmenpaket eine Chance auf Akzeptanz, zumal wenn die Politik gleichzeitig eine ehrliche Einschätzung und Bilanz der Lage Deutschlands abgeben würde. Ein solcher Schulterschluss, vielleicht noch unterlegt mit einer Prise Pathos, würde auch erwartbaren Gegentiraden der rechten und linken Extremopposition, die das System nicht stützen, sondern stürzen wollen, ein wenig die Kraft nehmen.

Und es geht nicht nur um den Bestand einer Regierung, es geht hier um das Fortbestehen unseres Staatssystems, des Sozialstaates, der kommunalen Selbstverwaltung und letztlich unserer Demokratie. Wenn Städte und Gemeinden nicht mehr handlungsfähig sind, scheitert nicht irgendeine Verwaltungsebene. Dann scheitert der Staat dort, wo ihn die Menschen jeden Tag erleben. Deshalb kämpfen wir nicht nur für kommu-

nale Haushalte. Wir kämpfen für die Handlungsfähigkeit unseres Gemeinwesens.

Wenn Ihnen, dem Bundeskanzler und den Ministerpräsidenten ein solcher großer politischer Moment in Abkehr von den eingespielten Verteilungskämpfen hin zu einer Stabilisierung des Systems gelingt, dann behielten Sie alle wenigstens ihr letztes Hemd an.

Es wäre Deutschland, es wäre Niedersachsen, es wäre den Kommunen zu wünschen.

ZUR PERSON

WAHLEN UND ERNENNUNGEN



Ida Bienhoff-Topp



Gerhard Ihmels

IDA BIENHOFF-TOPP wurde zur Samtgemeindebürgermeisterin der Samtgemeinde Brookmerland, Landkreis Aurich, gewählt. Sie tritt ihr Amt am 1.11.2026 an und folgt damit **GERHARD IHMELS** nach, der nach fast 20 Jahren im Amt nicht erneut angetreten war.



Dienst- leistungen für Kommunen

Unsere Leistungen:

- Telefonie
- Ausschreibungen in den Bereichen
Feuerwehr, Kommunales, Energie
- Feuerwehrbedarfsplanung
- Rahmenvereinbarungen und Kooperationen

Individuell. Wirtschaftlich. Kommunal gedacht.



Kommunale Wirtschafts- und Leistungsgesellschaft mbH
Arnswaldtstraße 28 | 30159 Hannover
fon 0511 30285-77 | fax 0511 30285-76
kwl@nsgb.de | www.kwl.digital

